

Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 25.03.2009

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:40 Uhr
Ort: Großer Festsaal der Kreisverwaltung Bad Doberan

Anwesenheit:

Von den 53 Mitgliedern des Kreistages waren 38 Mitglieder anwesend, entschuldigt fehlten 12 Mitglieder: Jörg Blotenberg, Karla-Edda Bresler, Roland Dethloff, Brigitte Felten, Wolfgang Gulbis, Helga Westland, Barbara Kirchhainer, Manfred Schwarz, Birgit Schwebs, Ingeborg Göhring, Dr. Ernst Schmidt, Wolf-Detlef Schulz und unentschuldigt fehlten 3 Mitglieder: Elfie Krüger, Ralf Nehls und Bernd Rausch.

An der Sitzung nahmen ca. 20 Bürger als Gäste teil.

Zu TOP 1.:

Eröffnung der 27. Sitzung des Kreistages Bad Doberan und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Prof. Dr. Panicke begrüßte alle Kreistagsmitglieder sowie Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Der Kreistagspräsident verlas die Mitglieder des Kreistages, die zwischen der 26. und 27. Sitzung Geburtstag hatten und gratulierte allen nachträglich.

Herr Andreas Unterfranz erhielt nachträglich zu seinem 40. Geburtstag und **Herr Waldschläger** zu seinem 79. Geburtstag Glückwünsche des Kreistagspräsidenten und einen Blumenstrauß.

Herrn Gulbis wurden zum 50. Geburtstag ebenfalls nachträglich Glückwünsche ausgesprochen.

15:05 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Marklein an der Sitzung teil.

Herr Prof. Dr. Panicke ließ über die Tagesordnung abstimmen.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** nachfolgender Tagesordnung **einstimmig zu**:

1. Eröffnung der 27. Sitzung des Kreistages Bad Doberan, Bestätigung der Ladungsfristen und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung des Protokolls der 26. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.01.2009
3. Bericht des Landrates
4. Information des Leiters der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes und Leiter des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Mittleres Mecklenburg/Rostock, Herrn Gerd Schade, zur Regiopolregion Rostock
5. Neufassung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan
6. Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Bad Doberan
7. Stellungnahme zum Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern
8. Beschluss von außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2008
9. Zustimmung zur Verwaltungsvereinbarung

Zu TOP 2.:

Bestätigung des Protokolls der 26. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.01.2009

Das Protokoll der 26. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.01.2009 wurde **mehrheitlich bestätigt**.

Zu TOP 3.: **Bericht des Landrates**

Der Bericht des Landrates liegt schriftlich im Büro des Kreistages vor.

Schwerpunkte des Berichtes:

Anmerkungen zur Kreisgebietsreform

- Der Innenminister hat den Auftrag, mit der Kreisgebietsreform gleichzeitig eine Funktionalreform zu erarbeiten und den Finanzausgleich neu zu regeln ganz klar nicht erfüllt.
- Der vorgelegte Gesetzentwurf bleibt weit hinter den Forderungen des Landtages zurück. Er ist nach Ansicht des Landkreises Bad Doberan nicht geeignet, die dringenden Probleme des Landes zu lösen.
- „Die demographischen und fiskalischen Rahmenbedingungen verlangen nach einer ganzheitlichen Reform und lassen sich durch einen halbherzigen neuen Zuschnitt der Landkreise sicher nicht aus der Welt schaffen.“
- Der Gesetzentwurf setzt sich z. B. mit den Anforderungen des kommunalpolitischen Ehrenamtes der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft gar nicht oder nur am Rande auseinander. Die Reform geht an den Interessen der Betroffenen vorbei.
- Die Landräte und Oberbürgermeister des Landes haben am 04. März 2009 bei ihrer Zusammenkunft die jetzige Herangehensweise des Innenministers an die notwendige Verwaltungsreform in einer gemeinsamen Erklärung abgelehnt.
- „Eine Reform ist notwendig, das steht fest. Aber sie muss eine Verwaltungsstruktur im Land schaffen, die langfristig leistungsfähig ist, Zuständigkeiten bündelt und für die Bürger und Wirtschaftenden die Möglichkeit eröffnet, in demokratischen Strukturen ihr Lebens- und Wirtschaftsumfeld mitgestalten zu können. Nur so kann sich unser Land wirtschaftlich weiterentwickeln und einen attraktiven Lebensort bilden.“

Finanzausgleich

- Mit der Neuordnung der Kreisstrukturen ist auch die Novellierung des Finanzausgleichgesetzes stark verflochten.
- Das neue FAG soll zum 01. Januar 2010 in Kraft treten. Der Landrat zitierte das erklärte Ziel der Novelle: „die Schaffung eines fairen, aufgabengerechten, transparenten, klaren und schlüssigen kommunalen Finanzausgleichs.“
- Der Landrat informierte darüber, dass laut Innenminister damit auch künftig die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Gemeinden und Kreise gesichert werden und ein Ausgleich der unterschiedlichen Ausgabenbelastung erfolgen soll; aber der kommunale Finanzausgleich nicht die eigene Verantwortung der kommunalen Körperschaften ersetzt, sondern nur ergänzend wirkt.
- Weiterhin ging der Landrat auf eine Reihe von Problemen ein, die der neue Finanzausgleich mit sich bringen wird. (Stärkung der zentralen Orte, folglich Reduzierung für Nah-, Mittel- und Oberbereiche)
- Ein weiterer Schwerpunkt in seinem Bericht war die Einführung einer zusätzlichen 10%igen Umlage von Umlandgemeinden an ihre kreisfreien Städte im FAG, wobei eine Umlandgemeinde gar nicht zwingend an die kreisfreie Stadt grenzen muss, lt. Regelung.
- Weiterhin informierte der Landrat darüber, dass Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern lt. dem Innenminister nicht rentabel zu verwalten sind und mit massiven Finanzkürzungen ab 2010 zu rechnen haben, wenn die Gemeinden nicht zu größeren Gemeinden fusionieren wollen. Der Entwurf des FAG sieht vor, dass Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern nur noch 90 Prozent der Schlüsselzuweisung und zudem keine Sonderbedarfszuweisungen erhalten.
- Problematisch sieht der Landrat den zeitlichen Zusammenhang von FAG-Novelle, Kreisgebietsreform und die Einführung der Doppik.

Konjunkturpaket II

- Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm stehen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 316 Mio. Euro für Investitionen in Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Der Bund beteiligt sich daran mit 75%, das Land mit 10% und die Kommunen mit insgesamt 15% der Mittel.
- Die Verwaltungsvereinbarung wurde am 11. März in Schwerin unterschrieben.
- Dem Landkreis Bad Doberan stehen danach 5,8 Mio. Euro für Bildungsinfrastrukturmaßnahmen und 1,2 Mio. Euro für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung. 65% davon werden jeweils an die kreisangehörigen Gemeinden weitergeleitet.
- Die Verwaltungsvereinbarung sieht vor, dass die Landkreise eigenverantwortlich über die Verwendung und Verteilung der Finanzhilfen entscheiden.

- Anträge müssen gesammelt und über die Verteilung der Mittel an die kreisangehörigen Kommunen muss entschieden werden.
- Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Dr. Kraatz wurde gebildet und eine befristete Stelle im Bereich der Kommunalaufsicht eingerichtet.
- Nach Eingang und Prüfung der Anträge werden diese dem Kreisausschuss vorgelegt.
- Der Landrat ist darüber verärgert, dass beim Landkreis alle mit der Umsetzung des Gesetzes verbundenen Mehraufwendungen (Personalkosten) verbleiben. Nach seiner Ansicht müsste der zusätzliche Aufwand im Rahmen der Konnexität erstattet werden.

Vertragsverlängerung ARGE

- Das Bundesverfassungsgericht hatte die in den ARGEen praktizierte Mischverwaltung von Kommune und Bundesanstalt für gesetzwidrig erklärt. Bis Ende 2010 soll eine neue Lösung gefunden werden. Der Bundesarbeitsminister stößt mit seinem ursprünglich einvernehmlich begrüßten Model „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) plötzlich auf Widerstand.
- Für den Landkreis Bad Doberan ergab sich noch ein weiteres Problem. Die Vereinbarung des Landkreises mit der Arbeitsagentur über die Gründung und Ausgestaltung der ARGE war bis zum 31.12.2009 angelegt. Eine Verlängerung wurde somit bis Ende des Jahres 2010 erforderlich. Vor zwei Tagen (23.03.2009) wurde die Vereinbarung unterzeichnet und damit die Zukunft der ARGE für ein weiteres Jahr gesichert.
- Der Landrat appellierte an die verantwortlichen Politiker in Berlin zügig ein zukunftsfähiges Modell zu entwickeln, damit endlich wieder Ruhe bei den betroffenen Hilfeempfängern und den Mitarbeitern der ARGE einkehrt.

Informationen aus dem Büro der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten

- Ein „Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz“ wird seit zwei Jahren durch das Büro der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten umgesetzt. Aus dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ wurden seitdem 363.000 Euro für demokratie- und bewusstseinsstärkende Projekte zur Verfügung gestellt.
- Das Programm war für drei Jahre, bis Ende 2009 geplant. Der Landkreis Bad Doberan hat eine Verlängerung für ein weiteres Jahr erhalten und bekommt dafür weitere Bundesmittel in Höhe von 100.000 Euro bis Ende 2010.
- Um praxisnahe Unterstützungsmöglichkeiten entwickeln und anbieten zu können bat der Landrat im Namen der Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten, die Mitglieder des Kreistages, sich mit ihren konkreten Anliegen an Frau Kröger zu wenden.
- Um das aktive soziale Netzwerk im jeweiligen Wirkungsbereich zu stärken ist auch in diesem Jahr beabsichtigt , in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie M/V ein Tagungsangebot zu entwickeln.
- Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat dem Landkreis Bad Doberan für ein weiteres Bundesprogramm, die Initiative „Stärken vor Ort“ die Zusage erteilt. Hierfür stehen dem Landkreis für drei Jahre jährlich 150.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung

Herr Stein korrigierte die Aussage vom Landrat dahingehend, dass es bei der Umverteilung nach FAG nicht um die Stärkung der oberzentralen Orte, sondern generell um die zentralen Orte geht. In Mecklenburg-Vorpommern sind das bis auf Rostock ländlicher Raum.

„Es ist unumstritten, innerhalb der Fraktionen in Schwerin, dass wir generell alle zentralen Orte stärken wollen, von den Unterzentren angefangen bis zu den Oberzentren.“

Zur Finanzkürzung der Gemeinden unter 500 Einwohner, die anvisiert sind, mit 90%, teilte Herr Stein mit, dass das zur Diskussion steht, aber nicht ab 2010, wenn, dann erst ab 2012.

15:25 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Liehr an der Sitzung teil.

Zu TOP 4.:

Information des Leiters der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes und Leiter des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Mittleres Mecklenburg/Rostock, Herrn Gerd Schäde, zur Regiopole Rostock

Herr Schäde teilte mit, dass der Regionale Planungsverband unsere Region, im Dezember 2007, zur „**Regiopole**“ ernannt hat, quasi per Selbsternennung. Das Feedback, das der Planungsverband aus den verschiedenen Richtungen erhalten hat, war durchaus positiv.

Er informierte darüber, das eine aktuelle Beschlussvorlage für eine der nächsten Landtagssitzungen vorliegt (eine gemeinsame Beschlussvorlage der Großen Koalition), diese lautet:

„Der **Landtag** möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auch im Rahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), in Ergänzung der Beschlussfassung der MKRO zur Festlegung von Metropolregionen, für eine Erweiterung um ein Regiopolkonzept einzusetzen.

Herr Schäde sprach die Hoffnung aus, dass der Landtag diesen Beschluss mehrheitlich tragen möge und er sich freuen würde, zukünftig als „Regiopole“ auftreten zu können, dieser Begriff „Regiopole“ hat sich in der Bundesrepublik mehr und mehr durchgesetzt.

Die Minister für Raumordnung haben festgelegt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland 11 Metropolen gibt. Diese 11 Metropolen haben eine entsprechende Verflechtung mit dem übrigen sie umgebenden Umland. Die Verflechtung wurde auf den Sichttafeln durch Herrn Schäde in 3 Leitbildern der Raumordnung dargestellt.

Leitbild 1 – Wachstum und Innovation

Leitbild 2 – Daseinsvorsorge sichern

Leitbild 3 – Ressourcen schonen

Beim Leitbild 1 war auffällig, dass **Rostock** genau auf der Grenze zwischen zwei Metropolregionen liegt; einmal zur Metropole Berlin/Brandenburg und auch zur Metropole Hamburg. Bemerkenswert war an dieser Stelle ein eingezeichnetes Sternchen, welches Wachstumsräume außerhalb engerer metropolianer Verflechtungsräume darstellt. Aus Sicht des Bundes sollte nördlich der Linie Berlin/Hannover, nach oben gesehen, nichts mehr stattfinden. Der Planungsverband hat sich gedacht, wenn der Ohrekreis so ein Wachstumskern aus der Sicht des Bundes ist, dann ist es die Region Rostock wohl allemal. Ziel dieser „Regiopolaktion“ ist auch, dass man in den Augen des Bundes wahrnehmbarer wird; deshalb wurde diese Initiative gestartet.

Nach der Festlegung der **11 Metropolen** und dem Widerstand der übrigen Regionen hat der Bund ein Modellprojekt Raumordnung (MORO) mit 7 Projekten kreiert, wo es um metropolitane Verantwortungsgemeinschaften geht, von den Metropolen für die gesamte Metropolregion. Rostock ist mit zwei Projekten dabei.

Die Universität Kassel hat geprüft, in wie weit eine große Mittelstadt, wie z. B. Rostock, eine eigene Agglomerationskraft hat, um, wenn sie weit weg von den Metropolen ist, auch eine eigene Wachstumsphase verstärkt für die Zukunft anzustreben. Die Untersuchung der Universität Kassel ergab 4 Ligen (im Vergleich zum Sport). Die Bundesliga - die sich am besten für die Ausprägung einer Regiopole eignet - sind **Rostock**, Kassel, Saarbrücken und Freiburg.

Herr Schäde zeigte anhand einer Karte die vom Landrat erwähnte Stadtumland-Raumdefinition nach Landesraumentwicklungsprogramm. Für Herrn Schäde ist der **Stadtumlandraum** der Kern der Regiopolregion. Deshalb ist es so wichtig dass die Arbeit, die Abstimmung, Kooperation und Koordination zwischen der Kernstadt Rostock und diesen Umlandgemeinden funktioniert. Zurzeit wird der 2. Entwurf des Raumentwicklungsprogramms vorbereitet und es ist gelungen, etwas in Richtung Flächenvorsorge für den Seehafen Rostock zu tun.

Konkrete Auswirkungen des FAG

Herr Schäde zeigte den Kreistagsmitgliedern die aktuelle Differenzierung des § 10 e FAG, wo es um die Mittel für zentrale Orte geht. Je nach Dienstgrad, Oberzentrum, Mittelzentrum, Grundzentrum gibt es Mittelzuweisungen nach einem Schlüssel, den das Innenministerium festlegt. Bei den kreisfreien Städten allein der Vergleich:

Hansestadt Rostock 16,7 Mio. € und Schwerin als Landeshauptstadt, nicht einmal halb so groß wie Rostock 14,1 Mio. Euro. Das sind nach Auffassung von Herrn Schäde Proportionen, die uns einfach nicht gefallen können. Mit der **Novellierung des FAG** müssen Versuche angestellt werden, diese Mittel **wirtschaftswirksamer** zu verteilen, als es jetzt der Fall ist. Insgesamt werden 2009 107 Mio. € verteilt, 30 Mio. € sollen dazukommen, diese 30 Mio. € sollen vordergründig für die Oberzentren ausgeschüttet werden. Diese Regiopolaktion und die Beschlussvorlage, die vielleicht im Landtag zustande kommen wird, ist eine Argumentationshilfe dafür, dass wir wirklich das Wirtschaftszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wo wir 70% des Seeumschlages machen, sind.

„Rostock die Nr. 1 an der Ostsee!“

Regiopole Rostock?

Das Thema der Regiopolen setzt sich mit der Frage auseinander, wie sich mittelgroße Städte, die abseits oder zwischen den viel diskutierten Metropolen liegen, in Zukunft entwickeln können...

Stand der Dinge...

Seit Beginn der Diskussion um die Regiopole Rostock ist das Thema in der Region auf fruchtbaren Boden gefallen. Im Dialog zwischen den engagierten regionalen Akteuren ist deutlich geworden, dass der Wirtschaftsraum Rostock die Chance hat, sich bewusst als eigenständiger Wachstumskern zwischen den Metropolen zu entwickeln.

Die Lage an der Ostsee ist dabei aber nicht das einzige **Highlight** der Regiopole:

- Die Region Rostock ist das „**Tor zum Baltikum und Skandinavien**“
- Rostock ist die wirtschaftlich **stärkste Stadt** in M-V
- Rostocks **Seehafen ist die Drehscheibe** im Norden
- Die Region Rostock hat über 30 der 100 **größten Unternehmen** in M-V
- Rostock ist Standort der **ältesten Universität** Nordeuropas
- Rostock hat als größte Stadt in M-V **mehr Zuzüge** als Fortzüge
- Die Region Rostock liegt auf der **Nord-Süd-Achse „Ostsee-Adria“**
- Rostock ist Heimat der **Hanse Sail**
- Rostock ist der **Magnet im Städtetourismus** in M-V
- Die Region Rostock ist Standort im **BioCon Valley** Forschungsverbund

Unser Ziel ...

Die Regiopole Rostock will in Deutschland und im Ostseeraum eine entscheidende Rolle spielen. Mit Hilfe der **Perspektive Regiopole** soll es den Akteuren im Wirtschaftsraum Rostock gelingen die Rolle der Region genauer zu bestimmen und sich als besonderer Wachstumskern zwischen Hamburg, Berlin, Kopenhagen/Malmö und Stettin zu profilieren. Voraussetzung dafür ist die Zusammenarbeit mit den Metropolregionen und vor allem eine Bündelung der Kräfte und Partner vor Ort.“

(Entnommen aus dem Flyer, der durch Herrn Schäde verteilt wurde.)

Herr Schäde teile mit, dass man um nicht zum verkehrs- und wirtschaftsarmen Raum zu verkümmern, versucht, den Regiopolgedanken nach Berlin zu tragen und bundesweit Glaubensgenossen zu finden. Zu Erfurt und Cottbus gibt es schon Kontakte. Er könne sich für die Zukunft gut vorstellen, dass neben der Arbeitsgemeinschaft „Metropolen“ auch eine Arbeitsgemeinschaft „Regipolen“ entwickelt wird, die mit entsprechender Stimme in Berlin sprechen kann.

Herr Prof. Dr. Kauffold nutzte die Gelegenheit, um sich für die Arbeit zu bedanken. „Regiopole“ ist ein kreativer Ansatz für weitere Diskussionen, um die es sich zu kämpfen lohnt.

Auf die Frage von **Herrn Hünecke**, wie man durch die Regiopolaktion in den Genuss kommt, mehr an der Umverteilung der Gelder im Finanzausgleich des Landes teilzuhaben, antwortete **Herr Schäde**, dass es aktuell gerade um die Novellierung des FAG in Mecklenburg-Vorpommern geht. Dies ist für Herrn Schäde die klassische Situation jetzt an diesen Stellschrauben zu drehen und Einfluss zu nehmen. Das Parlament muss sich damit ernsthaft auseinandersetzen und in dem Landtagsbeschluss sieht Herr Schäde den ersten Ansatz Nägel mit Köpfen zu machen. Er sagte noch einmal ganz eindeutig: „**Der Wirtschaftsraum Rostock ist nicht alles, aber Mecklenburg-Vorpommern ist ohne den Wirtschaftsraum Rostock nichts.**“

Herr Bandlow fragte, wie sich die Ausführungen von Herrn Schäde mit den Aussagen aus der Ostsee-Zeitung, Rostock im Güterverkehr per Bahn links liegen zu lassen vereinbaren?

Herrn Schäde war der OZ-Artikel „Güterverkehr: Bahn schiebt Rostock aufs Abstellgleis“ vom 25.03.2009 bekannt. Nach seiner Auffassung sind das Versuche, den ostdeutschen Ländern das Wasser abzugraben; man muss sich noch stärker machen und die Bundestagsabgeordneten in Berlin noch einmal stimulieren, um solchen Entwicklungen vorzubeugen. „Wir haben eine gute Zukunft, die Hafenenwicklungskonzeption der Bundesregierung ist zurzeit im Ressortbeteiligungsverfahren und für Rostock ist bis 2025, eine mehr als Verdopplung des Umschlags im Seehafen geplant.“

Herr Unterfranz stellte die Frage, ob man nicht auf die Entwicklung der Metropolen in Richtung Polen blicken sollte?

Der Blick wurde auch nach Osten gerichtet. **Herr Schäde** verwies auf den Flyer, sieht aber den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung doch in Richtung Skandinavien/Baltikum. Dänemark ist der größte Handelspartner von Mecklenburg-Vorpommern. Dies muss gepflegt und weiterentwickelt werden. Auch wenn die Dänen mit der Fehmarnbeltquerung spekulieren. Gegenwärtig umfahren die Benelux-LKWs Hamburg großräumig, über die A 20 von Rostock nach Skandinavien. „Auch russische und polnische LKW-Fahrer kommen vermehrt über Rostock und umfahren Stettin, weil die geografischen Vorteile von Rostock zum Baltikum und Skandinavien einfach besser sind“, so **Herr Schäde**.

Herr Eppler stimmte Herrn Schäde zu. Nach Auffassung von **Herrn Eppler** müsste statt der Fehmarnbeltbrücke die Brücke nach St. Petersburg gebaut werden. Doch da passiert nach seiner Meinung in diesem Jahr noch zu wenig.

Herr Schäde war der selben Meinung. „Das sind die - motorways of the sea - Autobahnen, die wir in der Ostsee brauchen, um den wachsenden Transport überhaupt bewältigen zu können. 1989 ging der Umschlag des Seehafens von 20 Mio. t auf unter 10 Mio. t zurück. Wer hätte gedacht, dass wir heute schon wieder bei 26 Mio. t liegen. Gerade St. Petersburg und Russland haben nach wie vor Zuwachsraten, die enorm sind. Die Rezession wird nach Meinung von Herrn Schäde eine Konjunkturdelle sein. Die Wissenschaftler sprechen von 3 Varianten dieser Rezession, der V-Rezession: Schnell, aber tief - lang aber nachhaltig - endgültiger Absturz und keine Wiederbelebung. Wir haben Glück die Rezession trifft alle Teile dieser Erde und wir sinken parallel mit und der Niveauunterschied der Wirtschaftsleistungsgesellschaften bleibt erhalten dabei und wir starten neu durch. Diese Verschnaufpause sollten wir als Chance begreifen. Es wäre fatal jetzt nicht zu regieren.“ **Herr Schäde** brachte zum Ausdruck, dass er hoffe, dass wir bei entsprechender Gegensteuerung aus dieser Krise stärker als bisher hervorzugehen.

Herr Wiek fragte, wie sich Herr Schäde die Lobbyarbeit der Regiopole Rostock vorstellt und ob es einen Plan gibt.

Herr Schäde antwortete, dass der Plan darin besteht, Bündnispartner zu finden; mittelgroße Städte, die genau in der selben geografischen und wirtschaftlichen Situation sind wie der Wirtschaftsraum Rostock; z. B. Erfurt, Cottbus, Freiburg. Im Juni wird die Europäische Metropolregion Bodensee zu Gast sein. Hier wird man versuchen gemeinsame Interessen zu finden, zu pflegen und zu schmieden und eine Regiopollobby zu konstruieren. Ob es gelingt wird, konnte er nicht sagen. Er war der Meinung: „Wenn man es aber nicht versucht, hat man schon verloren.“

Der Kreistagspräsident bedankte sich bei Herrn Schäde für die Ausführungen zur Regiopole und für die lebhaftige Diskussion.

Bürgerfragestunde

Um 16:00 Uhr – unterbrach der **Kreistagspräsident** die Kreistagssitzung zur **Bürgerfragestunde**. Es wurden keine Fragen gestellt, deshalb konnte der **Kreistagspräsident** die Sitzung fortsetzen.

Zu TOP 5.:

Neufassung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan

Beschluss-Nr. 206 – 27/2009

Aufgrund des § 92 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Kreistag die Neufassung der Hauptsatzung des Landkreises Bad Doberan gemäß Anlage.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **einstimmig zu**.

Zu TOP 6.:**Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Bad Doberan**

Herr Zöllig stellte den Antrag, den § 9 Abs. 5 dahingehend zu ändern, dass die Bürger ein Rederecht eingeräumt bekommen, um somit auch die Qualität der Ausschussarbeit zu verbessern. Herr Zöllig stellte deshalb den Antrag im § 9 Abs. 5 den 1. Satz zu streichen.

Der Kreistagspräsident ließ über den Antrag von Herrn Zöllig abstimmen.

2 Kreistagsmitglieder stimmten dafür, 2 enthielten sich der Stimme, der **Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt**.

Anschließend ließ der **Kreistagspräsident** über die Neufassung der Geschäftsordnung abstimmen.

Beschluss-Nr. 207 – 27/2009

Aufgrund des § 104 Abs. 6 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Kreistag die Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages Bad Doberan gemäß Anlage.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **mehrheitlich zu**.

Zu TOP 7.:**Stellungnahme zum Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Der Landrat brachte die Stellungnahme ein und schlug vor, der Stellungnahme auch die Karte nebst der Erklärung der Regiopole beizufügen. Die Stellungnahme wurde im Präsidium diskutiert und erhielt von den Fraktionen, die dort vertreten sind, Zustimmung. **Der Landrat** bat den Kreistag, die vorliegende Stellungnahme zu beschließen, damit sie anschließend an den Innenminister weitergeleitet werden kann.

Der Kreistagspräsident gab bekannt, dass den Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit der Stellungnahme bis zum 30.03.2009 eingeräumt wurde.

Zur Diskussion sprachen Herr Stein, Herr Hünecke, Herr Prof. Dr. Kauffold, Herr Dr. Kischel

Herr Stein fand die vorliegende Stellungnahme nur konsequent und logisch, gemessen an dem, was im Kreistag bisher beschlossen bzw. gesagt wurde und was führende Vertreter der Fraktionen und der Landrat in den letzten Monaten geäußert hatten.

Herr Stein brachte seine Freude zum Ausdruck, dass die Zwangseingemeindung von Umlandgemeinden in diesem Gesetzentwurf, in dieser Legislatur, erst einmal vom Tisch ist. Bei der Formulierung in der Stellungnahme – „Soweit im weiteren Verfahren zu diesen elementaren Fragen keine grundlegenden Verbesserungen erreicht werden... sehen wir das Reformvorhaben als gescheitert an“ - wäre Herr Stein nicht so weit gegangen. Er hätte gesagt: „Wir sehen das Ganze scheitern.“

Herr Stein äußerte sich zur Vorfestlegung von Kreisname und Kreissitz so, dass er sich dafür einsetzen wird, dass der erste sich konstituierende Kreistag mit einer normalen Mehrheit zu entscheiden hat, wo der Kreissitz, wo Verwaltung stattzufinden hat, wo der Landrat sein Büro hat, wie der Kreis heißt und welches Kennzeichen die Bürger auf den Autos haben. Man sollte nach seiner Auffassung mit den Bürgern über die wesentlichen Dinge sprechen und sich nicht nur auf die drei genannten Dinge beschränken.

Herr Hünecke war der Meinung, dass der Landkreis auch in diesem Verfahren seine Stimme erheben sollte. Er erinnerte nochmals daran, dass der Landkreis Bad Doberan dem Innenminister ein sehr gutes Modell vorgestellt hat, das überhaupt keine Beachtung gefunden hat. Aus diesem Grunde allein muss sich der Landkreis Bad Doberan ganz deutlich artikulieren. Als einen weiteren Grund für die Abgabe einer Stellungnahme nannte Herr Hünecke die Nichtweiterführung einer Funktionalreform. Deshalb empfahl Herr Hünecke, dieser Stellungnahme zuzustimmen.

Herr Prof. Dr. Kauffold äußerte, dass er hierbei erhebliche Sorgen hätte, der Stellungnahme aber zustimmen wird, weil die Kreise aufgefordert wurden Stellungnahmen abzugeben.

Er sagte: „Ich möchte uns alle warnen. Wenn in dieser Legislaturperiode nicht ein Vorhaben, was ja von den meisten für notwendig gehalten wird, nicht über die Bühne geht, dann leidet darunter nachhaltig die Demokratie, die Glaubwürdigkeit unserer politischen Repräsentanten der Organe. Das muss geschehen. Wir alle wissen und das ist ja ein generelles Phänomen in der Bundesrepublik und in jeder Familie, dass Besitzstände hartnäckig verteidigt werden. Es wird nicht umhinkommen, dass von Besitzständen Abstriche gemacht werden. Das wird auch im Kreis Bad Doberan sein und ich halte das Modell, was jetzt vorgelegt wird, auch nicht für optimal.... Sicher ist da noch sehr viel zu arbeiten, aber das Land Mecklenburg-Vorpommern, einschließlich seiner Kreise, muss zu Potte kommen.“

Der Landrat war der Auffassung, wenn man eine Reform nur der Reform halber macht, dann ist sie gescheitert. Wenn man nur noch darüber den Nachweis erbringen will, dass man nicht gescheitert ist in den 7 Jahren, dann ist man auch gescheitert.

„Ein guter Reformier beginnt bei sich selbst. Und dann schauen wir einmal nach Schwerin, was dort passiert. 2000 Mitarbeiter zu viel, rechnen Sie einmal, was das kostet. Rechnen Sie einmal wie viel Geld nicht bei uns hier unten ankommt, in den Gemeinden, in den Landkreisen zur Verteilung an die, die es benötigen.“

Herr Stein machte Anmerkungen zur Effizienzrendite. Der Entwurf der Landesregierung basiert auf Berechnungen, Zahlen des Landesrechnungshofes. Die Zahlen wurden in der Zwischenzeit veröffentlicht und es gibt verschiedene Gutachten und Modellrechnungen. Bekannt ist auch, dass es dazu verschiedene Auffassungen gibt. Ein Entwurf ist dazu geeignet, dass er in der Diskussion weiterentwickelt wird. Das Ergebnis steht erst fest, wenn das Gesetzgebungsverfahren durch die Ausschüsse gegangen ist. Der Landesrechnungshof hat im ersten Gutachten 3 verschiedene Modelle zur Effizienzrenditen dargestellt. (Rendite ohne Gebietsreform, danach zwei Stufen große und kleine Fusionsvariante) Hier sind Unterschiede wahrnehmbar. Darüber muss diskutiert werden.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Kischel** spricht das vorliegende Papier alle Probleme an, die den Landkreis Bad Doberan bei der bevorstehenden Kreisgebietsreform berühren.

Herr Dr. Kischel zeigte sich aber überrascht über einige Äußerungen in der Diskussion. Es selbst hätte einige Jahre gebraucht um Demokratie zu begreifen und sich auch selbst im Rahmen Demokratie zu bewegen. Über eine Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern braucht man sich nach Meinung von Herrn Dr. Kischel bei einer solchen Demokratieauffassung, wie hier geäußert, nicht beklagen. Herr Dr. Kischel stellte fest, dass das Demokratiedefizit bei der bisher verlaufenen Diskussion um die Kreisgebietsreform doch darin besteht, dass die vielfältigen Hinweise, die begründeten und auch finanziellen Hinweise wie die Reform aussehen müsste, gerade von den Oberen in Schwerin bisher überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden. In allen Landkreisen und allen Parteien gab es die grundlegende Forderung, dass Kreisgebietsreform ohne Funktionalreform keinen Sinn macht.

Die Forderung nach der Bestimmung des Kreissitzes und Kreisnamens durch den neuen Kreistag, geht nach Auffassung von Herrn Dr. Kischel an den wesentlichen Dingen vorbei. Er sagte: „Wir brauchen eine Reform, die eine Funktionalreform ist, die entsprechend dann die Strukturen gestaltet. Wir brauchen nicht eine zerstückelte Landkarte und dann hinterher vielleicht einige, die sich Überlegungen machen, wie kommen wir am besten damit zurecht. So kann es nicht gehen. Demzufolge ist meine Fraktion ganz strikt gegen das Vorgehen bisher, wie diese Reform angegangen ist, geschweige denn gegen diesen hier vorliegenden Entwurf. Das lehnen wir ab. Wir unterstützen in vollem Umfang den Entwurf, der hier von der Verwaltung vorgelegt worden ist und meinen, dass sich die Reform, so wie sich die Landesregierung das vorstellt, keinerlei Sinn macht. Und wenn man sich jetzt noch auf die Rechnungen des Landesrechnungshofes stützen will, die überhaupt nicht nachvollziehbar sind. Wir hatten vor ein paar Jahren schon solche Rechnungen auf dem Tisch gehabt, die uns auch keiner erklären konnte, wo auch immer kalkuliert und geschätzt wurde. Dies macht alles wenig Sinn, das ist Populismus. Damit will man einige Leute ruhig stellen, aber damit löst man keine Probleme. Wir werden dieser Vorlage zustimmen.“

Beschluss-Nr. 208 – 27/2009

Der Kreistag beschließt, vorliegende Stellungnahme zum Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern abzugeben.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **mehrheitlich zu**.

Zu TOP 8.:**Beschluss von außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2008****Beschluss-Nr. 209 – 27/2009**

Der Kreistag beschließt außerplanmäßige Ausgaben für Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum Ausbau der Kindertagesförderung bei der Haushaltsstelle 4541.9870 in Höhe von 535.093,27 EUR für das Haushaltsjahr 2008.

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **einstimmig zu**.

16:30 Uhr – Herr Polzin verließ die Sitzung.

Zu TOP 9.:**Zustimmung zur Verwaltungsvereinbarung**

Der Kreistagspräsident machte darauf aufmerksam, dass in der Verwaltungsvereinbarung der § 8 mit dem extra beigefügten § 8 auszutauschen ist.

Herr Waldschläger machte einige Anmerkungen zur Vorlage zur Durchführung des Gesetzes über die Zukunftsinvestitionen. Er erinnerte sich beim Durcharbeiten der Vorlage an einen Spruch der Klassiker der Vorzeit : „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“

So gut es für den Kreis ist, rd. 7 Mio. € für Investitionen zu erhalten, die Prämissen der Vereinbarung zu den Fördervoraussetzungen, dem Antragsverfahren, der laufenden Berichterstattung bis hin zur Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt und evtl. die Festlegung Zurückforderungen bestärken Herrn Waldschläger in dem Verdacht, wie verbürokratisiert die Verwaltung der Bundesrepublik ist.

„Was dem Kreis hier zur Koordinierung aufgebürdet wird, ist nach meiner Auffassung nicht von Pappe; zumal der Förderzeitraum auf den für Investitionen doch relativ knappen Zeitraum, von der Vorbereitung bis zu Ausführung und konkreten Abrechnung, immerhin auf 3 Jahre begrenzt ist.“

Ein zweiter Punkt seiner Überlegungen, ob bei den Fördervoraussetzungen nur wenige Lobbyisten ihre Vorschläge einbringen konnten, wenn man an die einseitige Betonung der energiewirtschaftlichen Sanierung denkt. Beim Ausbau kommunaler Straßen ist nur der Lärmschutz gestattet als förderwürdig. Er könnte sich damit gerade noch anfreunden, wenn die Radwege hier bei uns im Landkreis in Verbindung mit der Förderung touristischer Maßnahmen ausgebaut werden dürften.

Er äußerte, dass er trotzdem zustimmen wird, „denn 7 Mio. € lässt man nicht einfach so liegen.“

Beschluss-Nr. 210 – 27/2009

Der Kreistag genehmigt die durch den Landrat geleistete Unterschrift vom 11.03.2009 zur Verwaltungsvereinbarung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (ZulnvG).

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **einstimmig zu**.

Der Kreistagspräsident gab bekannt, dass am 29.04.2009 der Kreisausschuss und das Präsidium tagen und die letzte Kreistagssitzung in dieser Wahlperiode am 20.05.2009 stattfindet.

16:40 Uhr – Ende der Kreistagssitzung

.....
Prof. Dr. Lothar Panicke
Kreistagspräsident

.....
Hannelore Rozycki
Protokollführerin